

*Österreich und die Tschechoslowakei 1919–1939. Die wirtschaftliche Neuordnung in Zentraleuropa in der Zwischenkriegszeit.* Hrsg. v. Alice Teichova und Herbert Matis.

Böhlau, Wien 1996, 420 S.

Mit ihrem Sammelband über wirtschaftspolitische Konzeptionen und Entwicklungen, die in Österreich und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit diskutiert und realisiert worden sind, werden offene Lücken der ökonomischen Historiographie zumindest teilweise geschlossen. Gerade weil es nur um partielle Ergebnisse geht, lassen sich die vorgelegten Studien als Anstöße zu weiteren Untersuchungen zum gegebenen Thema interpretieren. Wie im weiteren verdeutlicht wird, analysieren die kooperierenden Autoren aus Wien und Prag Paralleltendenzen, die zeitlich und/oder inhaltlich in beiden Ländern stattgefunden haben; sie vergleichen die jeweils interessenbedingten konzeptionellen Ideen, ferner deren Realisierung und nicht zuletzt die unbeabsichtigten Entwicklungen, die sich nachzeichnen lassen. Der Schwerpunkt einiger der elf Einzelbeiträge liegt in einer deskriptiven, auf aussagekräftige Originalquellen gestützten und z. T. durch statistische Daten untermauerten Beschreibung, während andere Abhandlungen ihre historische Darstellung in einen allgemeineren, nationale und zwischenstaatliche Interessenkonstellationen berücksichtigenden Rahmen setzen. Im weiteren seien die Inhalte der einzelnen Studien kurz skizziert.

Die von den prominenten Herausgebern – der aus Wien stammenden, in den sechziger Jahren an der Karls-Universität dozierenden und in England als Professorin emeritierten Alice Teichova und dem führenden Wiener Wirtschaftshistoriker, Universitätsprofessor Herbert Matis – verfaßte Einleitung enthält neben einem Hinweis auf die Entstehung des Sammelbandes eine Problemskizze, in der auf die Einzelbeiträge Bezug genommen wird. Die Wende von 1989 hat es ermöglicht, das ursprüngliche Forschungsprojekt zur wirtschaftlichen Rolle Österreichs im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit auf den zweiten industriellen Kern der Habsburgermonarchie, die spätere Tschechoslowakei, zu erweitern, diesmal in Zusammenarbeit österreichischer und tschechoslowakischer Wissenschaftler. Trotz der nunmehr möglich gewordenen engen bilateralen Kooperation ist – wie die Herausgeber vermerken – die Realisierung des erweiterten Vorhabens schwieriger geworden als erwartet. Daß dies nicht nur zu

zeitlichen Verzögerungen geführt hat, sondern auch zu Lasten der Konsistenz des Gesamtbandes erfolgt ist, ließ sich offensichtlich nicht vermeiden. Dennoch hätten einige Wiederholungen und durch unterschiedliche Quellen verursachte statistische Ungereimtheiten beseitigt bzw. durch Querverweise ergänzt werden können. Diese Schwachstellen sind – um dies vorwegzunehmen – durch herausragende Vorzüge, die auf die Spezialkenntnisse sowie auf die sich ergänzende Sicht der Verfasser von hüben und drüben zurückzuführen sind, mehr als ausgewogen.

In seinem Beitrag zeichnet Zdeněk Jindra, Professor der Karls-Universität, den „Zerfall Österreich-Ungarns“ zum Ende des Weltkrieges nach. Mangel an Getreide und anderen Agrarprodukten führte zu Hungersnöten in Wien und anderen Großstädten. Die unzureichende Zufuhr von Kohle legte die Wirtschaft lahm und verurteilte die Stadtbevölkerung zum Frieren. Dies war einerseits auf kriegsbedingte Engpässe in „Deutschösterreich“ und andererseits auf die bevorzugte Versorgung der eigenen Bevölkerung Ungarns und der böhmischen Länder mit den ohnehin knappen Gütern zurückzuführen. Völlig zerrüttet war zum Ende des Krieges der Finanzsektor: Das Geldvolumen ist dank der Notenpresse im Verlauf der Kriegsjahre auf das Zehnfache angestiegen, das Defizit des Staatshaushalts hat ebenso wie die Staatsschuld explosionsartig zugenommen. Neben sozialen und nationalen Unruhen sowie militärischen Rückschlägen kündigte – so der Verfasser – die katastrophale wirtschaftliche Lage das Ende des Habsburgerreichs an.

An die Beschreibung der Endphase der Monarchie knüpfen in ihrer gemeinsamen Studie der Wiener Historiker Karl Baichinger und sein Prager Kollege Vlastislav Lacina an, die die unmittelbaren Ausgangsbedingungen der beiden Nachfolgestaaten und deren wirtschaftliche Entwicklung in den zwanziger Jahren vergleichend untersuchen. Die Leistungskraft Österreichs lag, gemessen am BIP je Einwohner, 1913 um etwa ein Drittel höher als die der (späteren) ČSR, so die Verfasser; hier hätte allerdings vermerkt werden können, daß bei Ausklammerung der Slowakei und Karpathorußlands das Gefälle weit geringer gewesen wäre. Ähnliches gilt auch für den Unterschied hinsichtlich der sektoralen Erwerbsstruktur: Gemäß der Studie waren 1910 in der Landwirtschaft Österreichs 39 Prozent aller Beschäftigten tätig, auf dem Territorium der Zwischenkriegs-ČSR 47 Prozent (in den Beiträgen von Faltus/Teichova sollen es 42 Prozent, und von Butschek/Průcha 41 Prozent gewesen sein). Infolge des industriell rückständigen Ostteils der Republik wäre der Anteil der Agrarbevölkerung in Böhmen und Mähren allein geringer, kaum unterschiedlich von Österreich.

Die Autoren belegen ferner, daß die ererbte Branchenstruktur der ČSR komplexer und somit weniger krisenanfällig war als die Österreichs. Ein weiterer Startvorteil der Tschechen und Slowaken bestand im dort herrschenden günstigeren sozialen Klima. Belegt wird (auch anhand einer Fülle statistischer Daten), daß der in beiden Staaten im Verlauf der zwanziger Jahre feststellbare Aufschwung in der Tschechoslowakei weit rasanter war. Die Erfolge betrafen nicht nur das Wachstum der tschechischen Binnen- und Exportwirtschaft, sondern die innere und äußere Stabilität der Krone, die durch die gelungene Währungsreform des Prager Finanzpolitikers Alois Rašín, die unmittelbar nach dem Krieg eingeleitet worden war, gewährleistet wurde.

Es folgen zwei kürzere deskriptive Artikel, die sich zum einen mit den Regelungen des Eisenbahnverkehrs und der Schifffahrt (verfaßt vom Prager Experten Ivan Jaku-

bec), zum anderen mit dem bilateralen Nachkriegshandel (erarbeitet von der Historikerin Gertrude Enderle-Burcel und dem Historiker der Karls-Universität Eduard Kubů) befassen. Beide Studien enthalten eine Vielfalt aufschlußreicher themenspezifischer Aussagen.

Der führende slowakische Finanzhistoriker Josef Faltus, Universitätsprofessor in Preßburg, und die Herausgeberin des Sammelbandes Alice Teichova können sich in ihrem hervorragenden Überblick über die Nachkriegsinflation in Österreich und der ČSR auf eine Reihe eigener früherer Arbeiten stützen. Neben den wichtigsten empirischen Sachverhalten der Währungsentwicklung von 1918 bis 1923, deren Anschaulichkeit mit Hilfe von Tabellen und Graphiken an Aussagekraft gewinnt, wird der Leser mit bedeutsamen sozialen und industriepolitischen Aspekten konfrontiert, die mit den inflationären Tendenzen eng zusammenhängen. Selbst die im Vergleich mit Wien weit erfolgreichere Währungspolitik Rašins in Prag war – wie gezeigt wird – keineswegs problemlos. Ob allerdings die kritischen Einwände der Autoren hinsichtlich einer unzureichenden Industriepolitik berechtigt sind, ist für den Rezensenten eine offene Frage: Ist nicht viel eher der im Verlauf der zwanziger Jahre zunehmende weltweite Protektionismus anstelle eines international geförderten Freihandels – wie dies in der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart geschieht – schuld an der im Beitrag beklagten mangelhaften strukturellen Anpassung beider Volkswirtschaften?

In einer Studie des österreichischen Wirtschaftshistorikers Peter Berger (Wirtschaftsuniversität Wien) und zweier tschechischer Forscher, Jiří Novotný (Tschechische Nationalbank) und Jiří Šouša (Karls-Universität), wird untersucht, inwieweit die ČSR in den Jahren 1918 bis 1938 zur Sanierung der chronisch defizitären österreichischen Finanzen Beiträge geleistet hat. Wie in einigen anderen Beiträgen schimmert auch hier immer wieder das Dilemma der tschechoslowakischen Elite zwischen nationalen Vorurteilen gegenüber dem seinerzeit dominierenden Wien und dem nunmehr finanzwirtschaftlich instabilen südlichen Nachbarn durch, dem man unter politischen (im Hinblick auf Deutschland) sowie ökonomischen (wegen komparativer Vorteile der Wirtschaftsbeziehungen) Aspekten nahestand – ein Dilemma zwischen nationalen Ressentiments und pragmatischen Überlegungen. Die wichtigsten Ecksteine derartiger Beiträge bilden die folgenden Darlehen bzw. Beteiligungen an internationalen Krediten: die Anleihe von Lana („Gürtler-Anleihe“) von 1922, die Teilausgabe der Völkerbundanleihe von 1922/23 bzw. die sukzessiven Konversionen beider genannten Kredite bis zur Weltwirtschaftskrise sowie die „Lausanner Anleihe“ von 1934.

Die spezifischen Probleme der versicherungswirtschaftlichen Beziehungen behandeln der tschechische Experte Miroslav Marvan und der Wiener Professor für Wirtschaftsgeschichte Alois Mosser. Wie auch in etlichen anderen Kapiteln spielte im tschechoslowakischen Versicherungswesen nach dem Ersten Weltkrieg angesichts der hier kaum präsenten tschechischen und slowakischen Unternehmen die Nostrifizierung – die Umwandlung der auf dem Territorium der ČSR residierenden Unternehmen sowie deren Töchter bzw. Filialen in inländische Firmen – eine wichtige Rolle. Typischerweise ist nach mehrjähriger Abwesenheit „fremden“ Kapitals im tschechoslowakischen Versicherungswesen der Markt im Interesse eines leistungsorientierten

Wettbewerbs wieder freigegeben worden: 1927 gab es in der ČSR allein im Bereich der Sachversicherung bereits neben 15 inländischen 10 ausländische Versicherungsgesellschaften.

Die bereits genannten Autoren Novotný und Šouša haben gemeinsam mit ihrer Wiener Kollegin Desirée Verdonk in einer vergleichenden Fallstudie über die *Živnotenská banka* und den Wiener Bankverein verallgemeinerungsfähige Schlüsse über die Finanzplätze Prag und Wien gezogen. Der steile Aufstieg der auf tschechisches Kapital gestützten *Živnobanka* erfolgte erst nach der Gründung der ČSR, während der Bankverein in den zwanziger Jahren eine der sieben großen österreichischen Kreditanstalten verkörperte. Hatten die Wiener Banken vor 1918 monarchieweit agiert, so mußten sie zwar nach dem Krieg ihre Geschäfte in den Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs einschränken; dennoch blieb ihre Auslandsagenda nach wie vor weit ausgedehnter als die stärker inlandsorientierte Bank in Prag, wo allerdings konkurrierende Auslandsinstitute, ausgestattet mit Kapital aus West- und Mitteleuropa, innerhalb sowie außerhalb der ČSR geschäftstätig blieben. Vergleichende Übersichten zur Verteilung der Auslandskunden nach Ländern oder der Kreditgeschäfte nach Branchen vervollkommen das präsentierte Bild.

Die an Universitäten in Wien bzw. Prag lehrenden Wirtschaftshistoriker Andreas Resch und Zdeněk Sládek zeichnen in ihrem aufschlußreichen Beitrag die bilateralen Handelsbeziehungen in der gesamten Zwischenkriegszeit präzise nach, wobei sowohl das Auf und Ab des vertraglich gesetzten Rahmens als auch die empirischen Ergebnisse chronologisch verfolgt werden. Während die zwanziger Jahre ungeachtet der tschechischerseits unmittelbar nach dem Krieg vorgenommenen Reglementierungen zu Ungunsten des Warenaustauschs mit Österreich (und Deutschland) durch eine pragmatische Handelspolitik der ČSR und ein daraus resultierendes moderates Niveau der wechselseitigen Beziehungen gekennzeichnet sind, setzte mit dem Protektionismus der Weltwirtschaftskrise ein unaufhaltsam rückläufiger Trend der wechselseitigen Ein- und Ausfuhren ein. Die negativen Konsequenzen der Schutzmaßnahmen – der Ein- und Ausfuhrgenehmigungen, der Devisenbewirtschaftung und der Zahlungsmodus per Clearing – sind, wie überzeugend gezeigt wird, evident.

Die prominenten Wirtschaftshistoriker Felix Butschek und Václav Průcha haben in einem kurzen Übersichts-kapitel ein plastisches Bild der gesamten Wirtschaftsentwicklung im Vergleich entworfen. In 12 Tabellen, die sich auf die entscheidenden Originalquellen stützen, und den entsprechenden Kommentaren sind entscheidende Aussagen enthalten. Indem die Autoren den profunden Berechnungen der langfristigen Entwicklung des österreichischen BIP (Kausel) und die unterschiedlichen Berechnungen des BIP der ČSR (Stádník/Pryor, Krejčí, Smutný – Vergleichsstudie von Nachtigal) vergleichend diskutierten, gelangen sie zu dem (in der Literatur kaum zu findenden und dennoch berechtigten) Fazit, „daß vor dem Zweiten Weltkrieg 1937 der Vorsprung Österreichs“ (der, gemessen am BIP, 1913 etwa ein Drittel betragen hatte) „im wesentlichen ausgeglichen worden war – was natürlich impliziert, daß im Gebiet des heutigen Tschechien das Einkommensniveau deutlich über dem österreichischen gelegen haben muß!“

Die in der Einleitung angesprochene Frage „der verschiedenen ‚Mitteleuropapläne‘ während der Zwischenkriegszeit“ – gemeint ist hier eine Art Kooperation der Nach-

folgestaaten des Habsburgerreichs – ist das Thema des letzten Beitrags des Herausgebers Professor Matis in Zusammenarbeit mit seinem Prager Kollegen Drahomír Jančík. Die ausführlich dargestellten und kommentierten Vorstellungen und Ansätze einer derartigen Kooperation – das Wort Integration wäre zu hoch gegriffen – sollen mit den folgenden Stichworten umschrieben werden: Der Masaryk-Beneš-Plan (1918–20); die Konferenzen von Portorose (1921) und Genua (1922); die mit dem Namen des ungarischen Ökonomen E. von Hantos verbundenen Kooperationsvorstöße (1925–1929); der Švehla-Plan (1928); zwei konträre Konzepte nach der Weltwirtschaftskrise: Ein von Deutschland dominiertes „Mitteleuropa“ vs. eine Art von „Donauföderation“ (die Tardieu-Pläne und die Stresa-Konferenz von 1932; neuere Ansätze von Beneš; der Hodža-Plan von 1935/36). Während die Kooperationsobjekte zu Beginn der Periode unter dem Einfluß nationaler Interessen in den Nachfolgestaaten und von Befürchtungen vor dem Übergreifen des sowjetrussischen Beispiels standen, so war, insbesondere nach 1933, tschechoslowakischer- und französischerseits zunehmend an eine Abwehr der Wirtschaftsexpansion Deutschlands gedacht worden. Im Beitrag wird zu Recht auf die durch Desintegration verursachten ökonomischen Schwächen hingewiesen. Die Vergangenheit lehrt uns, daß in einer voranschreitenden, heute europaweiten Integration die Chancen aller Staaten unseres Kontinents liegen, nicht zuletzt der beiden hier behandelten kleinen Länder Zentraleuropas.